

Financial Games

Über Geschäfte mit Geld und saarländische Stil-Blüten

Vor dem Umbau der Montanregion kommt der Umbau der Köpfe. Und der ist mindestens genauso schwierig. Wer, wie das Duo Lafontaine/Hoffmann, die Saar-Ökonomie modernisieren will, muß sich zuallererst mit den amtierenden Provinz-

köpfen rumschlagen. Wie wenig erquicklich so etwas ist, zeigt die aktuelle Diskussion um die SAARLAND-Versicherungsanstalten und die Neuordnung des Sparkassenwesens.

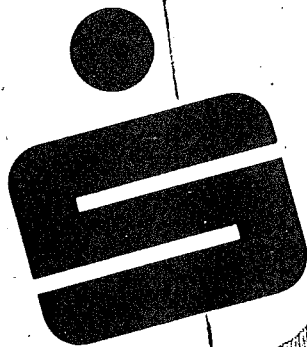
SAARLAND Versicherungen



Fair.

Kundenfreundlich.

Mit dem Heimvorteil



NM 9201139 P



In der großen weiten Welt der Geldgeschäfte, fernab von unserem idyllischen Saarland, vollziehen sich derzeit gravierende Veränderungen. Die Deutsche Bank gründet eine Bausparkasse und will sich nun eine Versicherung zulegen. Die Aachen-Münchener Versicherung erwerben die Mehrheit an der Bank für Gemeinwirtschaft. Der Primus im Versicherungsgewerbe, Allianz/Münchener Rück, kauft sich bei einer Bank ein. Selbst die neue alternative Ökobank wagt sofort den Sprung ins Versicherungsgeschäft. Ganz doll treibens die Nachfolger des guten Herrn Raiffeisen: Die von ihrem Zentralinstitut DG Bank an der kurzen Leine geführte Raiffeisen- und Volksbanken-Gruppe, mit den R u. V-Versicherungen und der Bausparkasse Schwäbisch Hall bereits gut bestückt, übernimmt die Volksfürsorge und steigt über Leo Kirch ins Mediengeschäft ein.

Strategisches Ziel: Finanzdienstleistungen aus einer Hand

Wenn man von der nicht ganz abwegigen Prämisse ausgeht, daß die Herren in den Chefetagen der genannten Institute etwas vom Geld und seiner Vermehrung verstehen, so lassen sich aus den

erwähnten Vorgängen zumindest zwei Schlüsse ziehen:

Erstens: Wo so viel aufgekauft wird, muß Geld da sein. Banken und Versicherungen, sofern sie gut geführt werden, florieren offensichtlich unabhängig von den Launen der Konjunktur.

Zweitens: Nach dem, was aufgekauft wird, zu urteilen, läßt sich in Zukunft vor allem Geld verdienen in einem Allfinanz-Konzern, der Bank-, Versicherungs- und Bausparservice aus einer Hand bietet. Vorangetrieben wird dieser Konzentrationsprozeß auch durch das Damoklesschwert des gemeinsamen EG-Binnenmarktes. Die gegenwärtige Aufrüstung der Bank- und Versicherungskonzerne ist eben auch Vorbereitung auf das große Fressen nach 1992.

Die Großen bereiten sich vor; einige Amateure werfen das Handtuch: Der DGB verkauft die erstklassig geführte BfG und die gutgehende Volksfürsorge, um die Pleite-Firma Neue Heimat halbwegs anständig liquidieren zu können. Eine Ausnahme, die die Regeln bestätigt: Im Saarland haben wir eine enorme Strukturkrise, zu deren Überwindung neben guten Ideen - auch das notwendige Kleingeld erforderlich ist. Da die Landesregierung von Bonn kurz gehal-

ten wird und auch nicht eigenständig neue Steuern einführen kann, versuchen sie, im Lande vorhandene Geldquellen nutzbringend einzusetzen (über die begrenzten Möglichkeiten der Saarländischen Investitions-Kreditbank hinaus

Das beste ist eine gute Versicherung

Hier bieten sich vor allem (s.o.) Bank und Versicherungen an, die sich in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft befinden. Die Saarland-Versicherungsanstalten mit dem Land als Gewährsträger also und die saarländischen Sparkassen mit Städten und Kreisen im Hintergrund. Zunächst versuchten sich unsere Genossen im Versicherungsgewerbe. Hi sollte vor allem der enorme Anlageertrag einer Lebensversicherung strukturell politisch genutzt werden.

Doch langwierige Aufräumarbeiten werden notwendig. Für das öffentlich-rechtliche Versicherungsunternehmen mußte zunächst eine solide gesetzliche Grundlage geschaffen werden (wobei ganz nebenbei - mit der Drittarbeit des Verwaltungsrats das eingeleitet wurde was ein verhindertes Physik-Nobelpreisträger unter Mitbestimmung der Arbeitnehmer versteht).

Um das Unternehmen auf Kurs zu bekommen, machte man sich dann an den Vorstand. Ein höchst überflüssiger CDU-Funktionär wurde geschäftet (er fiel weich - auf den Vorstandssessel einer bayerischen Versicherung), und auf Druck von Asko-Chef Wagner ein typischer Sozialdemokrat mit Stallgeruch (Château in Belgien, Konten in der Schweiz) eingestellt - mit dem teuersten Dienstwagen und der wohl aufwendigsten Pensionszusage in der Geschichte der Saarland-Versicherungen ausgestattet.

Immerhin schaffte es die Landesregierung durch die Staatssekretäre Haase und Kopp im Saarland-Verwaltungsrat, dem leeren Staatsäckel 3 Millionen DM aus dem Jahresüberschuß 1986 zur Verfügung zu stellen. Frühere Landesregierungen hatten dies vergeblich versucht. Entsprechend waren auch die Reaktionen aus dem Lager der Staatsbankrotteure: "Landesregierung schädigt Versicherungsgemeinschaft!" tobte FDP-Chef Rehberger, und CDU-MdL Gehring sekundierte "Das Saarland plündert die Saarländer aus". SZ-Penner sorgte für die notwendige Breitenwirkung und damit für wochenlange Negativ-Schlagzeilen über das einheimische Unternehmen - die schlimmste Geschäftsschädigung also, die es in der sensiblen Geldbranche geben kann.

Dabei beherzigte das SPD-Kabinett nur die Regeln kapitalistischen Wirtschaftens: Cuius risiko, eius proffitio. Aber das dürfen Sozialdemokraten wohl nicht.

Sie werden auch nicht wieder in Versuchung kommen. Denn inzwischen haben selbst die saarländischen Sparkassen bemerkt, daß sie ohne Rundum-Service in den 90er Jahren alt aussehen werden, und langsam das Interesse an einer eigenen Versicherung entdeckt. Da Sparkassen und öffentliche Versicherungen seit Jahren zusammenarbeiten, war die Saarland natürlich das Wunschkind. Doch erst nach langem Tauschen, vielen Tricks und Erpressungsversuchen kam das Geschäft jetzt zustande. Der Sparkassen- und Giroverband zahlt dem Land 50 Millionen und bekommt dafür 100% der Saarland-Versicherungen.

Was sich bei der neuen Sparkassen-Tochter nun ändern wird, ist unklar. "Konzentration der Kräfte" bedeutet eben meist Rationalisierung. Auf alle Fälle wird wieder ein Posten-Schieben bei Vorstand und Verwaltungsrat einsetzen. Mit Interesse würde jedenfalls verfolgt, daß Sparkassen-Präsident Klumpp sich in den vergangenen Verwaltungsratssitzungen ganz uneigennützig dafür einsetzte, das Gehalt des Vorstandschefs der Saarland-Versicherungen aufzustocken. Der gute Mann denkt an sich selbst zuletzt.

Auch was das Land mit seinen 50 Millionen macht, steht noch nicht fest. Der Moloch Saarstahl soll gottseidank leer ausgehen. Die Staatskanzlei möchte das Geld in eine Technologie-Stiftung nach

Späth'schem Vorbild stecken, das Wirtschaftsministerium hingegen liebäugelt mit einer Beteiligung an der SaarLB, dem Spitzeninstitut der Sparkassen. Am besten wäre wohl beides.

Die Bank-Beteiligung will Klumpp und seinen Sparkassen-Direktoren indes überhaupt nicht schmecken. Die Regierung würde Einblick und Einfluß bei den Kreditgeschäften bekommen, wo doch bisher im Dunkeln so gut munkeln war. Mit Wirtschaftsförderung haben Klumpp & Co. ja nun wirklich wenig am Hut.

Wenn's um Geld geht: Sparkasse - nein danke!

Eine große Hilfe im Umstrukturierungsprozeß waren die Sparkassen jedenfalls bisher noch nicht.

Gravierende Management-Fehler brachten die lokalen Institute in Neunkirchen und Saarlouis ins Schleudern. Und wenn eine Sparkasse einmal strukturpolitische Verantwortung tragen soll, weil ein regionales Unternehmen ins Taumeln geraten ist und einen Kredit benötigt, dann stecken Vorstand und Verwaltungsrat in vereinter Inkompetenz den Kopf in den Sand.

So gesehen im Fall Petri. Die KSK Homburg hatte als Hausbank an dem mittelständischen Bexbacher Unternehmen jahrelang gut verdient. Doch als es mit Petri bergab ging, wurde der Geldhahn zugekehrt.

Verzweifelt suchten Arbeitskammer und Gewerkschaft Holz und Kunststoff, die ein Überlebensmodell erarbeitet hatten, nach Unterstützung. Rund ein Jahr brauchten unsere tüchtigen Banker, um den notwendigen 2-Millionen-Kredit zu gewähren - nach massivem öffentlichen Druck und auch erst, als die Landesregierung eine Bürgschaft über 80% gab. Ein Jahr also, um 400.000 DM zur Verfügung zu stellen. Mithin der Finanzmeister als größte Bank am Platze - wozu brauchen wir dann überhaupt noch Sparkassen?

Das fragte sich auch das Wirtschaftsministerium und beauftragte Wilhelm Hankel, in Bank- und -rott-Geschäften versiert, ein Gutachten über die Perspektiven des öffentlich-rechtlichen Kreditsektors an der Saar anzufertigen. Hankel arbeitet die notwendige Doppelfunktion der Sparkassen (als regionale Hausbanken und als Wettbewerbshüter auf dem Geldmarkt) angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung auf:

»Der 'öffentliche Auftrag' verpflichtet die Sparkassen auf eine Art Hausbanken-Funktion im Dienste kommunaler und regionaler Regierungen mit dem Ziel, sowohl zur Kreditversorgung wie zum Krisenmanagement vor Ort beizutragen. In den Strukturkrisen der Gegenwart kann keine für ihre Region, ihren Kreis, ihre Kommune verantwortliche Regierung auf dieses Instrument verzichten. Es ist geradezu die Krise, die

das Vorhandensein und Beibehalten eines der Region verpflichteten und nicht an der bloßen Ertragsmaximierung ausgerichteten Bankenapparates und seines Services legitimiert. Gäbe es die Sparkassen nicht ex traditione: sie müßten in dieser Situation neu erfunden und gegründet werden.

Der ordnungspolitische Faktor Wettbewerbssicherung am Geld- und Kreditmarkt ist angesichts der vom Privatbankensektor betriebenen und forcierten nationalen und globalen Bankkonzentration und -verflechtung notwendiger denn je. Gebraucht werden starke Sparkassen und nicht ohnmächtige."

Damit die Sparkassen diese Rolle spielen können schlug Hankel vor allem drei Veränderungen vor:

- Die Sparkassen sollen im Prinzip alle Geld- und Kreditgeschäfte tätigen dürfen wie Privatbanken. Dadurch soll die De-Regionalisierung regionaler Mittel aufgehoben werden; also die Tendenz, daß immer mehr einheimische Anleger zu außersaarländischen Banken gehen, weil das Sparbuch für sie keine attraktive Anlageform mehr ist.
- Die Zahl der saarländischen Sparkassen soll von 11 auf 7 reduziert werden, um Mini-Institute von weniger als 1 Milliarde Bilanzsumme nicht weiter rumwursteln zu lassen.
- Das Grundkapital der SaarLB soll verdoppelt werden, wobei dann das Land und die WestLB jeweils 25% halten sollen. Das Land, um das Spitzeninstitut der Sparkassen in die politische Mitverantwortung zu nehmen; die große WestLB, um unseren Provinz-Bankern die internationalen Finanzmärkte zu erschließen.

Auf viel Gegenliebe stießen Hankel und Wirtschaftsminister Hoffmann mit ihrer Offensive nicht. "Wir haben die Sache im Griff", erklären die Mini-Banker an Saar und Blies und meinen damit: Uns geht es gut, so soll es bleiben. Jeder klebt an seinem Gehalt, keiner will was mit Regionalpolitik zu tun haben, die Landräte wollen nicht Erfüllungsgehilfen der Landesregierung werden, und die Honoratioren in den Verwaltungsräten fürchten den Konzentrationsprozeß in der Brieftasche. Ein fatter Bauch agiert nicht gern.

So wird viel schmutziges Wasser saarabwärts fließen, bis die Sparkassen-Leute erkennen, daß sie Geldverwalter und -beschaffer im öffentlichen Auftrag zu sein haben und die Landesregierung finanzkräftige Bündnispartner für die Modernisierung der Saar-Wirtschaft erhält.

Roland Weber